



SIEGFRIED LEHMANN
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Jahnstr. 7 – 78315 Radolfzell



78315 RADOLFZELL
Jahnstraße 7
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de
www.siegfried-lehmann.de

An die Redaktion

Charlotte Biskup
Persönliche Referentin

Büro:
Rheingasse 8
78462 Konstanz
Telefon: 07531 - 2842620
Telefax: 07531 - 2842621

Öffnungszeiten:
Montag, Mittwoch – Freitag
9.00Uhr – 12.00Uhr

Konstanz, 08.10.2014

Pressemitteilung des MdL Lehmann zum Fluglärmstreit: „Versagen liegt allein auf Seiten der Bundesregierung!“

Mit dem Vorhaben der Schweiz, die Flugbewegungen des Flughafens Zürich deutlich nach Norden auszuweiten und damit insbesondere die deutsche Bevölkerung verstärkt durch Fluglärm zu belasten, spitzt sich der Fluglärmstreit mit der Schweiz drastisch zu. „Die Bundesregierung und insbesondere Kanzlerin Merkel ist offenbar nicht Willens, gegenüber unseren Schweizer Nachbarn die süddeutschen Interessen zu schützen!“, ist der Konstanzer Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann empört. Verwundert nimmt der grüne Abgeordnete den Hilferuf der CDU-Landtagskollegen an den Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten zur Kenntnis: „Offenbar glauben auch die CDU-Vertreter auf Landesebene nicht mehr an ein Eingreifen Ihrer Kollegen auf Bundesebene, wenn sie nun auf Landesebene um Unterstützung für ein Machtwort in Berlin werben!“

In einer Pressemeldung wenden sich die beiden CDU-Landtagsabgeordneten Wolf und Schreiner mit der Bitte an Ministerpräsident Kretschmann, in Berlin bei der schwarz-roten Bundesregierung gegen die dort geplante Änderung der Durchführungsordnung zu kämpfen. Diese Änderung soll der Schweiz eine deutliche Ausweitung des Flugverkehrs am Flughafen Zürich – insbesondere über den süddeutschen Raum – ermöglichen. „Das Vorgehen der Bundesregierung ist insbesondere deshalb so dreist, weil sie damit versucht, eine Ausweitung des Flugverkehrs am Parlament vorbei zu ermöglichen, nachdem dieser Weg aufgrund der deutlichen Position Baden-Württembergs gescheitert war!“, so Lehmann.

Das Schreiben seiner beiden CDU-Kollegen ist daher seiner Ansicht nach verwunderlich: „Die Änderung einer Durchführungsverordnung ist alleinige Angelegenheit der Bundesregierung. Die Verantwortlichen hierfür sind daher insbesondere Bundeskanzlerin Merkel und Fraktionsvorsitzender Kauder. Dass sich nun die CDU-Landespolitiker an den grünen Ministerpräsidenten wenden macht deutlich, dass auch sie offenbar nicht mehr daran glauben, dass die Bundesregierung die Interessen der südbadischen Bevölkerung gegenüber der Schweiz vertritt.“

„Die hiesige CDU braucht hinsichtlich der Unterstützung von Seiten der Landesregierung keine Sorge zu haben – bislang hat die Landesregierung alles unternommen, um in Berlin deutlich zu machen, dass eine Änderung der Durchführungsverordnung absolut inakzeptabel ist. Es wäre daher zielführender, wenn die Kollegen ihre Beziehungen zur Bundesregierung nutzen würden, um dieses nicht hinnehmbare Vorgehen der Bundesregierung zu stoppen!“, fordert Lehmann abschließend.